

Die Vorsitzende, Abg. Bähr-Losse begrüßte Herrn Wolf von der Diakonie Suchthilfe und Herrn Pöplau vom Caritasverband Rhein-Sieg e.V..

Herr Wolf stellte sich als Bereichsleiter der Diakonie Suchthilfe vor.

Herr Pöplau stellte sich als Mitarbeiter des Caritasverbandes vor. Er leite dort den Bereich ‚Familie und Gesundheit‘.

Man arbeite seit vielen Jahren zusammen und sei sehr daran interessiert, gemeinsam die Versorgung im Rhein-Sieg-Kreis sicherzustellen und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Herr Wolf führte aus, dass sich traditionell das Diakonische Werk um die Drogenabhängigen und deren Angehörigen, die Caritas eher um die „legal“ Süchtigen gekümmert habe. Dies sei heute jedoch nicht mehr so.

Herr Pöplau berichtete anhand einer Übersichtskarte der Präsentation, dass man Standorte in Rheinbach, Bornheim, Niederkassel, Troisdorf, Siegburg, Königswinter und Eitorf habe. Die gelben Bereiche der Karte würden in den Zuständigkeitsbereich des Caritasverbandes, die blauen Bereiche in den des Diakonischen Werkes fallen. In den grünen Bereichen (Troisdorf, Lohmar, Siegburg, Sankt Augustin, Ruppichterorth, Eitorf, Windeck) arbeite man gemeinsam. Es gebe gemeinsame Beratungsstellen, die von beiden Trägern besetzt seien. Die Einrichtungen würde man gemeinsam tragen und die Finanzen teilen. Die Mitarbeiter seien bei ihren Trägern angestellt und arbeiteten gut miteinander.

Herr Wolf machte deutlich, dass der grüne Bereich immer größer werde. Der Abhängige solle dorthin gehen, wo es ihm am besten möglich sei, unabhängig von Träger und Zuständigkeiten.

Herr Pöplau führte die Aufgaben und Inhalte der Suchtkrankenhilfe auf. Zum einen gehe es um die Versorgung. Hierzu gehöre alles, was in offenen Kontaktstellen angeboten werde, z.B. Essen, Wäschewaschen, Duschen, Spritzenausgabe, Krankenpflege und finanzielle Einzelfallunterstützung etc..

Der zweite große Teil sei Beratung und Behandlung. Das sei das klassische Gebiet einer Beratungsstelle. Man berate Betroffene und Angehörige und vermittele sie in Rehabilitation.

Dies tue man über die Rentenversicherung, weil bei Suchterkrankung Berufsunfähigkeit drohe. Nur die Kosten der körperlichen Entgiftung würden von den Krankenkassen übernommen werden. Vor ein paar Jahren habe es eine lange Diskussion bezüglich der Sozialberichte gegeben. Man arbeite im Moment als einzige Region in NRW ohne Sozialberichte und komme dennoch mit den Rentenversicherern zurecht. Für die Klienten sei es jedoch mühsamer.

Des Weiteren gebe es Substitution, Nachsorgegruppen, Krisenhilfe, etc. Auch suche man den Kontakt zu den Klienten.

Im dritten Bereich gehe es um Prävention, Bildungsarbeit und betriebliche Suchthilfe. Es gebe verschiedene Projekte an Schulen, Seminare mit Eltern, Lehrern und Erziehern, etc. Diese Leistungen würden durch die zu Beratenden finanziert.

Der vierte Teil sei ein neuerer Aspekt. Hierbei gehe es um Familienarbeit, Hilfen für Kinder suchtkranker Eltern (KiSe). Die offene Kontaktstelle in Bornheim habe

man in Absprache mit dem Rhein-Sieg-Kreis wegen zu geringer Nachfrage geschlossen. Die hier frei werdenden Mittel habe man dazu genutzt, die Arbeit mit Kindern stärker in den Blick zu nehmen.

Es habe Untersuchungen in den letzten Jahren gegeben, die beschreiben, wie sehr Kinder unter der Situation mit suchtkranken Eltern leiden würden. Es gebe drei Merkmale: zum einen denken diese Kinder, das sie Schuld an der Sucht ihrer Eltern seien, dies sei für die Einstellung eines Kindes zum Leben furchtbar und verhindere das reife und gesunde Aufwachsen. Des Weiteren bereite die Unbeständigkeit der Stimmung der Eltern den Kindern Probleme. Suchtkranke Eltern können mal schlecht und mal gut gelaunt sein. Drittens werde Suchterkrankung als Geheimnis gelebt, das man keinem erzählen dürfe. Daher glaubten die Kinder, sie seien die Einzigen, die mit diesem Problem zu tun hätten. Dies sei jedoch nicht so. In jeder Klasse mit 30 Kindern habe man 2-3 Kinder, die Suchterfahrung mit den Eltern hätten und sich nicht trauten darüber zu reden. Die Situation von Kindern müsse daher deutlicher in den Blick genommen werden. Die Untersuchung machte deutlich, dass mindestens 30 % der Kinder selber suchtkrank werden oder psychische Erkrankungen bekommen würden. Idee sei, neben Schulungen des eigenen Personals, Kontakt zu Eltern zu bekommen. Dies sei schwierig, gerade auch wegen der Angst vor dem Jugendamt. Man wolle Elterncafés gründen oder sozialpädagogische Familienhilfe für Kinder, die in suchtkranken Familien leben, anbieten.

Herr Wolf ergänzte, dass der Bedarf in den Familien bestehe, aber man habe auch die Hilfe umstellen müssen. Früher habe man sich mit einzelnen Personen oder Paaren auseinandergesetzt, jetzt sei der Blick auf die komplette Familie gerichtet. Somit bedürfe es einer ganz anderen Qualität der Arbeit. Die Mitarbeiter seien geschult worden und würden in die Familien gehen, um zu helfen.

Im Bereich der Versorgung habe man im Jahr über 8.000 Essen sowie 16.000 Spritzen als Hepatitis- und HIV-Prophylaxe herausgegeben. Im Drogenkonsumraum habe man 2015 770 Konsumvorgänge gehabt. Hierbei gebe es sehr strenge ministerielle Vorgaben, sodass nicht jeder Konsument dort hineinkommen könne. Viele Klienten seien nicht versichert oder in der Lage, einen Arzt aufzusuchen, dort leiste die eigene Krankenpflege erste Hilfe. In den Kontaktstellen, die täglich geöffnet seien, habe man 2015 fast 16.000 Besuche gehabt.

Im Bereich der Beratung und Behandlung erreichte man 2015 1.800 Betroffene sowie 470 Angehörige. Sucht sei immer als Familienkrankheit zu sehen, da das Umfeld immer mit betroffen sei und Hilfe brauche. Es habe 187 Subsitierte gegeben, 188 Personen habe man im letzten Jahr erfolgreich in eine Reha vermittelt.

Im Bereich Prävention, Bildungsarbeit und betriebliche Suchthilfe wolle man die eigne Erfahrung und das Wissen weitergeben. Sie hätten 99 Projekte in Schulen, 16 Schulungen allgemeiner Art, 11 Elternseminare durchgeführt. Sie böten an Schulen beispielsweise Kompaktangebote für Schüler, Eltern und Lehrer an.

Die Familienarbeit sei die fachlich beste Erweiterung der Suchthilfe in den letzten Jahren gewesen. Seitdem man mit dem neuen Blickwinkel mehr auf die Kinder schaue, könne man einen deutlichen Bedarf erkennen. Im letzten Jahr sei man mit 388 Eltern mit Beratungsbedarf in Kontakt gekommen.

Herr Pöplau schilderte, dass sie erschrocken über die Zahl der Kinder seien. Von 0-10 Jahren seien es 338 Kinder und von 11-18 Jahren 242 Kinder gewesen. Man hoffe, mit dem weiteren Verlauf des Projektes, das leider Ende des Jahres erstmalig formal ende, die Bedarfe noch deutlicher mit Zahlen unterlegen zu können.

Herr Wolf machte deutlich, dass das Älterwerden der Klienten und Patienten eine Erfolgsmeldung sei. Früher sei die Lebenserwartung der Opiatabhängigen nicht sehr hoch gewesen. Sowohl die medizinische Behandlung als auch die Beratung und Hilfen seien viel besser geworden.

Herr Pöplau führte aus, dass die Sicherstellung von Substitutionsangeboten eine Herausforderung sei. Es gebe wenige Ärzte, die dies anbieten würden, da hier große Hemmnisse beständen. Man schaffe es nicht, mit den Ärzten in Kontakt zu kommen.

Herr Wolf erläuterte, dass ein Ausbaubedarf bei der aufsuchenden Hilfe vorhanden sei. Wenn man die Menschen und Familien zuhause aufsuche, zeigten sich neue Bedarfe.

Ebenso müsse, so Herr Pöplau, die Familienhilfe ausgebaut werden. Man müsse Konzepte zur Umsetzung gerade in der ländlichen Region entwickeln.

Abg. Eichner bedankte sich für den Vortrag. Man habe beispielsweise intensiv für „Café KoKo“ gekämpft und freue sich, dass es so gut funktioniere. Er wünsche, dass es in Zukunft so weitergehe. Bezüglich des Hinweises, dass auf der linksrheinischen Seite keine Ärzte Substitution anbieten würde, fragte er, wie die Lage in Bonn sei. Ebenso erfragte er, wo die Leute mit den herausgegebenen Spritzen konsumieren würden und ob es Probleme mit weggeworfenen Spritzen gebe.

Herr Pöplau antwortete, dass dies Thema in Bornheim gewesen sei. Dort habe es besorgte Bürgeranfragen gegeben. Die Lage habe sich jedoch beruhigt. Viele Klienten müssten wegen der Substitution jeden Tag nach Bonn, Köln oder Euskirchen fahren, dies sei für die Betroffenen finanziell und zeitlich sehr aufwendig.

Herr Wolf ergänzte, dass es vorkäme, dass gelegentlich Spritzen in öffentlichen Grünanlagen zu finden seien. Im Bereich Troisdorf gebe es ein Projekt, bei einer Meldung eines solchen Falles mit einer Gruppe Substituierter dort hinzufahren und aufzuräumen. Dies werde über Spenden finanziert. Die Spritzenfunde seien auch dadurch weniger geworden, da man die Rückgabe z.B. mit Kaffee honoriere. Viele Abhängige würden es auch einsehen, dass man die Spritzen nicht wegwerfen dürfe.

Abg. Kretschmer dankte für den Bericht. Sie fragte, wo die erwähnte Kontaktstelle geschlossen worden sei.

Herr Pöplau führte aus, dass es sich um die Kontaktstelle in Bornheim gehandelt habe. Die Besucherzahlen seien über die Jahre zu gering gewesen. Daraufhin sei das Geld in Absprache mit dem Kreis und mit Zustimmung der Politik umgewidmet worden und befristet bis 2016 in die Kinderarbeit geflossen. Dieses Projekt würde man gerne auch weiterführen.

Abg. Haselier erfragte, ob das Geld der geschlossenen Kontaktstelle in Projekte wie z.B. KiSe eingeflossen sei.

Herr Pöplau bestätigte dies.

Ltd. KVD Allroggen machte deutlich, dass es im Ausschuss besprochen worden sei, ein Jahr lang zu erproben, wie groß der Bedarf für die Betreuung, Beratung und Begleitung von Kindern suchtkranker Eltern sei. Nach dem Jahr wollte man rechtzeitig für die Haushaltsberatungen eine Auswertung vorlegen.

Weiter lobte er die beiden Träger, die seit Jahren sehr effizient und mit hohem Engagement mit der Verwaltung zusammenarbeiteten.

Man habe durchaus zueinander finden müssen, es habe auch unterschiedliche Meinungen gegeben. Bezüglich des Stichwortes ‚Sozialbericht‘ stellte Ltd. KVD Allroggen klar, dass der Kreis ohne Rechtsgrundlage jahrelang Sozialberichte bezahlt habe. Dann sei aufgrund von rechtlicher Überprüfung festgestellt worden, dass diese Pflicht bei der Rentenversicherung liege. Man habe in allen Instanzen, in allen Rechtsverfahren, die die Rentenversicherung angestrengt habe, Recht behalten.

Es gebe einen Kreistagsbeschluss, dass man nicht in Aufgaben anderer eintrete. Hier sei man einen Schritt gegangen, den die Träger im Sinne der Klienten nicht gut gefunden hätten. Der Beschluss sei aber aus grundsätzlichen Erwägungen heraus zu Recht so gefasst worden.

Man habe seitens des Gesundheitsamts mehrfach in den letzten Jahren versucht, die linksrheinischen Ärzte dazu zu gewinnen, sich in der Substitution zu engagieren, jedoch habe es keine Rückmeldung gegeben. Auch die Gespräche mit der KV hätten an dieser Stelle nicht weitergeführt.

Die Situation sei prekär, weil der Bedarf auf der Hand liege.

Ltd. KVD Allroggen fügte hinzu, dass er und Dr. Meilicke in Kürze zur KV nach Düsseldorf fahren und dieses Thema ansprechen werden.

Die Vorsitzende, Abg. Bähr-Losse dankte für den Bericht.